

INZZ

Mitteparteien schliessen Allianz gegen SP und SVP

CVP, BDP, Grünliberale und
EVP streben vor den Wahlen
im Herbst flächendeckend
Listenverbindungen an.

Daniel Friedli,
Andrea Kučera

Die Mitteparteien wollen bei den nationalen Wahlen am 20. Oktober gemeinsam für eine politische Wende sorgen. An einem Treffen während der Wintersession haben die Präsidenten von CVP, BDP, GLP und EVP ihre Wahlkampfstrategien untereinander abgesprochen und entschieden, sich landesweit gegenseitig zu unterstützen. Das Ziel: Gewinne für die Mitte zulasten der Polparteien SP und SVP. Um das zu erreichen, streben die Parteien möglichst flächendeckend Listenverbindungen an. BDP-Präsident Martin Landolt sagt: «Wir wollen die vernünftigen Kräfte der Mitte stärken und so der Polarisierung der Schweizer Politik Einhalt gebieten.»

Die Empfehlung, dass die vier Mitteparteien in möglichst vielen Kantonen zusammenspannen sollen, geht nun an die kantonalen Sektionen der beteiligten Parteien. Ihnen obliegt es, die Ab-

sprache ihrer Parteipräsidenten umzusetzen, wobei es ihnen freisteht, andere Optionen zu prüfen. Punktuell könnte es auch zu Verbindungen der Mitte mit der FDP kommen, zum Beispiel in Graubünden, wo man der SVP einen Sitz abluchsen will.

Listenverbindungen sind bei Wahlen ein mächtiges Instrument, 2015 wurden 24 Nationalratssitze auf diesem Weg verteilt. Daher setzt die Absprache der Mitte auch die Konkurrenz unter Druck. Die SVP ruft denn auch bereits die FDP dazu auf, mit ihr die Listen zu verbinden. Doch SVP-Chef Albert Rösti beisst auf Granit. FDP-Generalsekretär Samuel Lanz erklärt, flächendeckende Listenverbindungen mit der SVP seien kein Thema.

Links hingegen zeichnet sich ab, dass SP und Grüne auch 2019 ihre Kräfte bündeln. «Wir streben wieder flächendeckend Listenverbindungen mit den Grünen an», sagt Fraktionschef Roger Nordmann. Dies hat sich für die SP in der Vergangenheit bewährt. Dank ihren Partnern hat sie 2015 acht zusätzliche Sitze geholt.

Seite 11
Kommentar Seite 17

Das ist der Masterplan der Mitte

Die vier Mitteparteien wollen sich bei den Wahlen landesweit gegenseitig unterstützen. Die SVP strebt eine Allianz mit der FDP an, kriegt von dieser aber eine Abfuhr. **Von Daniel Friedli und Andrea Kučera**

Die Wahlen gewinnt, wer den besten Wahlkampf macht. Diese Aussage ist nicht falsch, aber doch nur die halbe Wahrheit. Noch entscheidender kann sein, wer mit wem zusammenschliesst. Denn Dutzende von Sitzen im Nationalrat werden als Restmandate vergeben, und dabei kommt es auf die jeweiligen Listenverbindungen an. Darum gilt: Der richtige Partner kann einer Partei unter dem Strich mehr Erfolg einbringen als teure Wahlkampagnen.

Wie sich nun zeigt, machen CVP, BDP, GLP und EVP bei den Wahlen 2019 gemeinsame Sache: Die vier Mitteparteien wollen sich gegenseitig und landesweit unterstützen. «Wir streben Gewinne für die politische Mitte an und wollen deshalb möglichst flächendeckend gemeinsame Listenverbindungen», sagt BDP-Präsident Martin Landolt.

Angestossen wurde diese Übereinkunft von BDP und GLP, besiegelt von den Parteichefs und Generalsekretären aller vier Parteien. An einem Treffen während der Dezembersession analysierten sie Kanton für Kanton die Ausgangslage und entschieden dabei, sich so oft wie möglich zu viert zu verbinden. So lautet denn auch die Empfehlung, welche die Parteispitzen nun an ihre jeweiligen Kantonalparteien richten.

Diesen bleiben selbstredend auch andere Optionen offen, wo solche nützlich sind. So wird zum Beispiel in Graubünden erzwungen, die Freisinnigen mit ins Boot zu holen. Denn man weiss: Nur so kann es gelingen, der SVP den zweiten Sitz wieder abzugewinnen,

den vor vier Jahren Magdalena Martullo-Blocher geholt hat. Auf jeden Fall aber soll die jeweilige Konstellation im Quartett der Mitte besprochen werden.

Hinter der Absprache steht nicht nur die eigene Chancenoptimierung, sondern auch eine politische Überlegung: Die vier Parteien sehen sich, obschon sie Konkurrenten sind, in derselben Rolle – als Kraft der Vernunft, die Kompromisse aushandeln und Lösungen ermöglichen will. «Die Polarisierung hat dazu geführt, dass in dieser Legislatur kaum wichtige Reformen gelungen sind», sagt Gianna Luzio, die neue Generalsekretärin der CVP. «Um diese Blockade zu lösen, braucht es eine Stärkung der konstruktiven Kräfte.» Und ihr Kollege von der EVP, Roman Rutz, fügt an: «Gemeinsam will die Mitte der Polarisierung entgegenzutreten.»

Verfechten werden die Beteiligten ihre Positionen im anstehenden Wahlkampf alleine; gemeinsame Positionsbezüge, Slogans oder Kampagnen sind nicht geplant. Man will aber betonen, dass in wichtigen Dossiers wie der AHV, der Europa- oder der Klimapolitik nur mit der Mitte Fortschritte möglich sind.

SP taktierte am besten

Wie wichtig die angestrebten Listenverbindungen für das Wahlergebnis sein können, zeigt der Blick zurück. Bei den letzten Wahlen 2015 wurden 24 der 200 Nationalratssitze aufgrund von Listenverbindungen vergeben, das sind immerhin 12 Prozent. Und von diesen Restmandaten profitierten so bekannte Politiker



wie Kathy Riklin (cvp./ZH), Kathrin Bertschy (glp./BE) und auch Elisabeth Schneider-Schneiter (cvp./BL).

Grosse Gewinnerin des Taktierens war damals die SP, die sich traditionsgemäß mit den Grünen verbündete und auf diese Weise acht Sitze dazugewann (siehe Grafik). Die Mitteparteien waren zwar oft liiert, traten aber bei weitem nicht flächendeckend im Quartett an. Am besten schnitten damals in der Mitte CVP und GLP ab, die fünf beziehungsweise drei zusätzliche Sitze gewannen. Damit wurde auch der viel beschriebene Rechtsrutsch deutlich abgeschwächt, wie eine Analyse von Politologe Daniel Bochsler zeigte. Hätte die Wahl ohne Listenverbindungen stattgefunden, würden FDP und SVP heute sieben Sitze mehr besetzen. Sie hätten also eine Mehrheit von 108 statt hauchdünnen 101 Stimmen.

Diese Zahlen kennt auch die SVP, weshalb sie ihrerseits um Partner wirbt, um die rechte Flanke zu stärken. SVP-Präsident Albert Rösti ist überzeugt, dass

dies am ehesten im Verbund mit der FDP gelingt. «In diesem Sinne gilt auch bei diesen Wahlen unser Angebot an die FDP, flächendeckend Listenverbindungen mit uns einzugehen», sagt Rösti.

Doch wie schon 2015 läuft die SVP mit diesem Wunsch bei den Freisinnigen auf. «Flächendeckende Listenverbindungen sind auch in diesen Wahlen für uns kein Thema», sagt FDP-Generalsekretär Samuel Lanz. Seine Partei überlasse es ihren Kantonalen, wie sich diese positionieren wollten. «Dort, wo es Sinn macht, gehen wir Verbindungen ein. Dort, wo es keinen Sinn macht, nicht.» Diese Haltung hat 2015 dazu geführt, dass FDP und SVP letztlich nur in drei Kantonen zusammenfanden.

Die Crux der FDP

Die Absage der Freisinnigen dürfte noch einen anderen Grund haben: Viele FDP-Wähler goutieren laut Umfragen die Nähe zur SVP nicht. Zu verschiedenen Stilen und Inhalten der beiden Parteien, zum Beispiel in der Europa-

politik, die im Wahljahr eine wichtige Rolle spielen dürfte. Eine landesweite Allianz mit der SVP würde für die FDP das Risiko bergen, dass sie eigene Wähler enttäuscht oder gar vergrault.

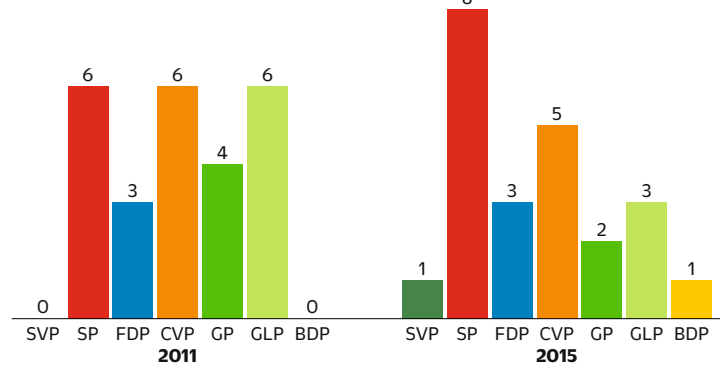
Derlei Berührungsängste kennen indes nicht alle Parteistrategen. Der frühere GLP-Präsident Martin Bäumle etwa ist noch heute dafür bekannt, dass er sich vor den Wahlen 2011 mit allen ins politische Lotterbett gelegt hat, sofern der Taschenrechner ihm dies empfahl: von der linken SP bis zur rechtskonservativen EDU. Dass auf diese Weise ein konservativer Christ der EDU einem grünliberalen Atheisten zur Wahl verhelfen konnte – den Partnern war es einerlei.

Der Erfolg gab Bäumle recht. Seine GLP holte 2011 allein dank ihren Listenverbindungen sechs zusätzliche Sitze. Und ihr gelang das Kunststück, mit dem genau gleich hohen Wähleranteil wie die BDP diese um drei Sitze zu übertrumpfen. Wahlen können auch am Computer gewonnen werden.

Spannen zusammen für eine starke Mitte: Die Parteipräsidenten Martin Landolt (bdp.), Marianne Streiff-Feller (evp.), Gerhard Pfister (cvp.) und Jürg Grossen (glp.).

SP gewinnt, SVP hinkt hinterher

Wie viele Sitze die Parteien 2011 und 2015 aufgrund von Listenverbindungen gewonnen haben



Quelle: Universität Zürich / Zentrum für Demokratie Aarau

Listenverbindungen

«Geschicktes Taktieren kann mehr bringen als die eigene Kampagne»

Für Politikwissenschaftler Daniel Bochsler ist die geplante Kooperation der Mitteparteien sinnvoll. Die FDP sieht er in einer schwierigen Lage.

Die Mitteparteien planen für die Wahlen möglichst flächendeckend Listenverbindungen. Was bringt das?

Daniel Bochsler: Unser Wahlsystem ist so ausgestaltet, dass es grosse Parteien bevorteilt und kleine benachteiligt. Die Parteienlandschaft hat sich aber in den letzten Jahren vor allem in der Mitte aufgesplittert. Dass diese kleineren Parteien ihren Nachteil nun mit Listenverbindungen ausgleichen wollen, ist nachvollziehbar, zumal es um viel geht: In den

letzten Wahlen 2015 wechselten zwei Dutzend Sitze allein wegen Verbindungen die Partei. Geschicktes Taktieren kann also sogar mehr bringen als die eigene Wahlkampagne oder ein teures PR-Büro.

Meist profitiert von einer Listenverbindung der grössere Partner. Wieso also sollen sich GLP, BDP und EVP auf dieses Spiel einlassen?

In der Tendenz stimmt diese Aussage. Nur sind die Parteien ja von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich aufgestellt. Die BDP ist zwar national eine kleine Partei, aber zum Beispiel im Kanton Bern ist sie stärker als die CVP. Für die Grünliberalen gilt dasselbe etwa in Zürich. Insofern ist ein Zusammengehen durchaus für alle Beteiligten sinnvoll.

Die FDP bleibt aussen vor. Wie soll sie darauf reagieren?

Für die FDP wäre es gut, auch einen Partner zu haben. Doch die Mitteparteien haben wohl nur wenig Interesse an einem Zusammengehen. Und im Bund mit der SVP würden die Freisinnigen fast überall den Kürzeren ziehen. Insofern sind sie in einer schwierigen Lage. Allerdings ist hinzuzufügen, dass die Allianzen nur bedingt aus den nationalen Parteizentralen gesteuert werden. In der Regel erfolgen die Absprachen in den Kantonen, so dürfte da und dort auch die FDP Partner finden.

Zusammen würden SVP und FDP aber wohl einige Sitze dazugewinnen. Steht sich hier die rechte Mehrheit selber im Weg?

Rein rechnerisch kann man das so sehen. Allerdings sind immer

auch politische Risiken zu berücksichtigen. Viele FDP-Wähler sehen sich weit von der SVP entfernt. Wenn ihre Partei nun plötzlich flächendeckend mit der SVP zusammenschliesst, könnte es auch passieren, dass sie sich enttäuscht abwenden.

Stimmt eigentlich der Eindruck, dass Listenverbindungen in den letzten Jahren zahlreicher und damit wichtiger geworden sind?

Zuerst einmal hat die Zahl der Wahllisten stark zugenommen. Zum einen, weil neue Parteien entstanden sind, zum anderen, weil die Parteien heute für Zielgruppen wie Frauen, Junge oder Secondos separate Listen einreichen. Und dann ist die Gleichung einfach: Je mehr Listen es gibt, desto mehr Restmandate entste-

Daniel Bochsler



Der Politikwissenschaftler forscht an der Central European University in Budapest und ist Experte für Demokratisierung.

hen – und desto bedeutsamer werden Listenverbindungen.

Das Instrument der Listenverbindung wird oft kritisiert. Es heisst, es verfälsche den Wählerwillen. Wie sehen Sie das?

Das Instrument ist zugegebenermassen komplex, aber es

bringt auch klare Vorteile. Es gibt mir als Wähler die Gewähr, dass meine Stimme nicht verloren geht, sondern – wenn es für meine Partei nicht reicht – wenigstens noch für den Listenpartner zählt. Wichtig scheint mir, dass eine Listenverbindung politisch einigermaßen kohärent ist, dass sich also nahestehende Parteien verbinden. Und das ist fast immer der Fall.

In Bern ging das Gerangel um die Listenverbindungen bei den letzten Wahlen schon so weit, dass die EDU den Schweizer Demokraten für das Zusammengehen Geld anbot. Ist das der Schweizer Demokratie noch würdig?

Das ist nahe am Stimmenkauf und daher fragwürdig. Interview: Daniel Friedli